

Er scheint alle 14 Tage
Wertell. Bezugspreis
1,50 Mk.
Zu beziehen im Verlag
"Die Eiche", Berlin
NW 55, Greifswalder
Straße 222.

Die Eiche

Anzeigen für die sechs-
gespaltene Beilage
20 Pfg.
Arbeitsmarkt 15 Pfg.
Ortsvereinsanzeigen
10 Pfg.

Organ des Gewerkschaftsvereins der Holzarbeiter Deutschlands (H.-V.)

Nr. 31/32

Berlin, den 5. August 1932

43. Jahrg.

Fernsprechamt
Alexander 4719

Alle Zuschriften für "Die Eiche" an B. Volkmann, Greifswalder Straße 222. Alle für das Hauptbüro des Gewerkschaftsvereins bestimmte Postfächer sind zu adressieren: Gewerkschaftsverein der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin NW 55, Greifswalderstr. 222. Sämtl. Geldsendungen an M. Schumacher, Berlin NW 55, Greifswalderstr. 222, Postcheckk. 30821 beim Postcheckamt Berlin NW 7

Fernsprechamt
Alexander 4719

Arbeiter, wacht auf!

Der Kampf gegen die Arbeiterschaft hat auf der ganzen Linie begonnen. Unternehmertum und Regierung verfolgen denselben Zweck. Die Reaktion zieht ihre Kreise und will die Arbeiterschaft zermürben.

Alle Errungenschaften der gewerkschaftlichen Arbeit sollen vernichtet werden. Was in jahrzehntelangem Ringen geschaffen wurde, soll wieder verschwinden. Stein auf Stein wird wieder abgebaut von dem mühsam errichteten Gebäude der sozialen Gerechtigkeit.

Welchen Schwierigkeiten begegnet heute die Lohngestaltung? Ein systematischer Lohnabbau schon seit Jahren. Es gibt keine Grenze, an der dieser halt macht. Immer erfordert es die ausländische Konkurrenz und die Bildung des Neukapitals, daß der Lohn weiter gesenkt wird. Niemand nimmt Rücksicht auf das Existenzminimum der Massen, auf die Kaufkraft der Bevölkerung. Die Rechte in den Tarifverträgen werden immer mehr beschnitten, die Stunden- und Wochenlöhne sind um 30—60 Prozent gesenkt worden. Wochenlöhne von 10—25 RM. bei voller Arbeitszeit sind keine Seltenheit. Urlaub ist ein unnötiges Übel und wird bekämpft, die Bezahlung abgelehnt. Die Arbeitszeit kann nicht lang genug sein, um einen Ausgleich zu schaffen gegenüber dem geringen Lohn, trotz der schlechten Beschäftigung.

Die Schlichtungsinstanzen sind in ihren letzten Auswirkungen fast vollständig ausgeschaltet. Verbindlichkeitsklärungen gibt es kaum noch. Die „freie Vereinbarung“ soll die Schlichtungsinstanzen ersetzen. Bei der Einstellung der Unternehmer ein Hohn auf das Tarifrecht. Die Macht der Unternehmer, gestützt auf die Regierung macht die Arbeitnehmer rechtlos.

Unsere Sozialversicherung ist dem Unternehmertum schon lange ein Dorn im Auge. Jahrzehntlang wird diese bekämpft. Die schlechten Wirtschaftsjahre sind Helfer der Reaktion. Der Abbau der Sozialversicherung hat bei der Krankenversicherung begonnen, die Leistungen wurden beschnitten, den Mitgliedern mehr Opfer auferlegt. In der Invalidenversicherung wurden Leistungskürzungen vorgenommen, ebenso in der Unfall- und Angestelltenversicherung. Auch in der Kriegsbeschädigtenfürsorge hat man nicht gezögert, die Renten zu beschneiden. In dem neuesten Versicherungszweig, der Arbeitslosenversicherung, hat man den Versicherungscharakter fast ganz aufgehoben. Die gezahlten Pflichtbeiträge gewähren nur ein Recht auf 6 Wochen Unterstützung und die Leistungen sind bis zu 60 Prozent gekürzt. Dazu neue Steuern für die schwachen Schichten der Bevölkerung und Erhebung der Armenlasten.

Die Kürzung der Renten aller Art betrifft die Ärmsten aller Armen, die jahrelangen Arbeitslosen, die invaliden Arbeiter und die Altersrentner. Überall ist die Not und Elend größer geworden, eine Existenz mit diesen Unterstützungen ist undenkbar. Es ist nur ein Vegetieren, ein Dahinsinken zum Schaden der Nation.

Die Regierung hat geglaubt, die berechtigten Leistungen der Sozialversicherung auf den Stand eines Almosen zurückschrauben zu müssen. Dafür trägt sie die Verantwortung. Sie hat dabei auch den Wünschen des Unternehmertums in der Industrie und den Großagrariern Rechnung getragen. Bald wird aber auch dieses Entgegenkommen von der Forderung übertönt werden, Abschaffung aller reichsgefeglichen sozialen Einrichtungen. Schon heute tun sich Parteien auf, die systematisch auf dieses Ziel hinarbeiten, die eine parteimäßig aufgelegene Sozialversicherung propagieren und die mit der politischen Macht auch gleichzeitig die wirtschaftliche an sich reißen wollen.

Arbeiter! Wir haben gar keine Veranlassung, unser eigener Sotengräber zu sein. Zuviel Leid haben wir schon ertragen müssen, um unsere

sozialen Rechte zugunsten unserer Gegner aufzugeben. Tag und Nacht haben wir gekämpft und Opfer an Leib und Gut gebracht, die uns gewiß nicht leicht geworden sind. Durchgerungen haben wir uns in jahrelangem zähen Ringen, bis wir unseren Lebensstandard verbessern konnten, bis wir als Mensch unter Menschen anerkannt wurden und als gleichberechtigter Staatsbürger unser Haupt erheben durften. Wir haben uns als Träger einer Nation gefühlt, die in ihrer Aufwärtsentwicklung auch ihre Arbeiterschaft nicht vergessen hat und wir haben uns der Nation gegenüber verpflichtet gefühlt in schweren und guten Tagen. Die deutsche Arbeiterschaft hat in den letzten Jahrzehnten fast täglich den Beweis erbracht, daß sie weiß, was sie der Nation schuldig ist, aber sie verlangt auch, daß ihr ihre Rechte nicht beschnitten oder gar genommen werden.

Arbeiter, wollen wir dieses unser Lebenswerk aufgeben?

Wollen wir wieder Knechte sein? Sollen die Unternehmer und die Regierung über uns frohlocken? Sollen wir uns die Vertretung der Arbeiterschaft, die Gewerkschaften zerschlagen lassen? Sollen wir einer Partei oder einem Parteiregime das Recht geben, uns gewerkschaftlich und politisch zu führen?

Die Unternehmer sind ehrlich genug, die Zerrissenheit im Volke für ihre Zwecke dienstbar zu machen. Sie sehen darin den ersetzten Augenblick, die von Anfang an verhassten Gewerkschaften zu beseitigen und den Arbeiter persönlich gefügig zu machen. Niemals haben sie den Arbeiter als gleichberechtigt anerkannt, wenn sie es auch offiziell tun mußten, niemals haben sie arbeitsrechtliche Abmachungen mit einer inneren Ueberzeugung geian. Das alles war ihnen ein Greuel und sie haben Jahre ihrer Sattik dazu verwandt, wieder davon frei zu kommen. Die Regierung hat sie darin unterstützt und sie haben es verstanden, sich großer Parteien zu vergewissern, die ihnen behilflich sind, ihre Pläne zu verwirklichen und auch unter der Arbeiterschaft Unsicherheit, Unzufriedenheit und Mithilfe zu verbreiten.

Arbeiter, wollen wir uns denn selbst aufgeben? Wollen wir an unserer eigenen Sache zum Verräter werden? Wollen wir mit einreißen helfen, was unsere Vorkämpfer, unsere Väter und wir aufgebaut haben?

Wir dürfen das nicht tun! Um unser Volk, um unserer Familie und unser selbst willen, dürfen wir das nicht tun!

Wir wollen wieder glauben an unsere Kraft und unsere Macht. Wir wollen wieder als Arbeiter zusammenarbeiten an der Abwehr aller Angriffe auf unsere Rechte und wir wollen unser Ohr abwenden allen verführenden Einflüssen, von welcher Seite sie auch kommen.

Was wir brauchen ist Arbeit. Darauf muß sich unser ganzer Sinn konzentrieren. Die Arbeitsbeschaffung der Regierung ist nicht ausreichend. Wenn Arbeit vorhanden ist, brauchen wir keine Arbeitspflicht, denn der Arbeitswille ist überreichlich vorhanden.

So wollen wir die Erbitterung in uns abstreifen und uns wieder auf uns selbst besinnen. Wir wollen uns gegenseitig die Treue halten, als Arbeiter uns untereinander verbunden fühlen, gemeinsam an dem Ausbau unseres Gewerkschaftsvereins arbeiten, unablässig und tatkräftig und auch vor Opfern nicht zurückschrecken, weil er der Pfeiler ist, auf dem die Arbeiter weiter bauen können und alles andere zerschellt.

Arbeiter, sehen wir die große Gefahr. Nur große und machtvolle Gewerkschaften können uns retten und alle Angriffe abwehren.

Darum Arbeiter erwache! Stürze nicht in den Abgrund, der sich vor dir auf tut. Werde und bleibe ein tatkräftiger Mitkämpfer für Arbeiter- und Menschenrechte im Gleichtritt aller Arbeitenden.

Umbau der Lohnpolitik.

In unserer Wirtschaftsnot tritt immer und immer wieder die Frage in den Vordergrund der Erörterung, ist die bestehende Lohnpolitik die richtige oder nicht. Seit geraumer Zeit, fast täglich wird von verschiedenen Seiten dieses Problem behandelt und es hat fast den Anschein, als ob dieses der Retter aus aller Not sei. Tatsächlich ist es aber so, daß dadurch eine dauernde Beunruhigung der Öffentlichkeit erfolgt, die gleichzeitig über manches andere hinwegtäuscht. Die lohnpolitischen Verhältnisse sind in aller Welt Gegenstand lebhafter Auseinandersetzungen und das bringt eine schlechte Wirtschaftskongunktur immer mit sich. Doch in Deutschland legt man sich besonders auf dieses Moment, um die alten Interessengegensätze zwischen Kapital und Arbeit recht stark hervortreten zu lassen.

Vom Unternehmertum und der diesem nahestehenden Presse, die hauptsächlich sehr rechts eingestellt ist, wird schon lange betont, daß die jetzige Lohnpolitik eine andere werden muß, daß die Wirtschaft einen neuen Aufbau zu erfahren hat, und daß der privatkapitalistischen Wirtschaft mehr Spielraum zu gewähren ist. Der Ruf nach der Aufröschung des Lohntarifwesens wird immer dringlicher. Und wenn bis vor einiger Zeit dieser Schrei nicht sehr große Beachtung fand, so ist dies jetzt anders geworden. Die neue Regierung hat für diese Wünsche ein größeres Verständnis und ihre Taten lassen das sehr leicht erkennen.

Die Veränderung in lohnpolitischer Beziehung tritt schon stark hervor. Die Schlichter tragen meistens den Forderungen der Unternehmer Rechnung. Abbau der Löhne um 5—10 Prozent sind die Regel. Eine Verbindlichkeit der Schiedsprüche erfolgt kaum noch und die Manteltarife werden gewöhnlich um den Urlaub geschmälert. Mit allen Mitteln versucht man die Auslöschung der Tarife, die Abschaffung der staatlichen Schlichtung und Bindung und setzt sich stark ein für einen persönlichen Arbeitsvertrag. Dieser persönliche Arbeitsvertrag soll sich ausdehnen auf die Werksgemeinschaft, in welcher der Unternehmer zu befinden hätte, welchen Lohn der Einzelne zu bekommen hat und wo die Arbeiter nichts zu jagen haben. Scheinbar wird die Gerechtigkeit aufrecht erhalten durch den gemeinsamen Abschluß, der jedenfalls unter Druck erfolgt ist. Die Löhne sollen nur festgesetzt werden nach den Erträgen des Betriebes und der Leistungsfähigkeit des Einzelnen. Man sieht in den jetzigen Lohnverträgen einen politischen Lohn, der nur nach Parteimäßen aufgebaut wurde und keine Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse und Rentabilität der Betriebe nimmt. Man wirft der Tarifpolitik vor, daß sie die Schließung der Betriebe zur Folge hatte und infolgedessen an der Arbeitslosigkeit unseres Volkes schuld sei. Vor allem sind die Tarifverträge mit den staatlichen Zwangsprüchen die Veranlassung, daß eine Neukapitalbildung im Unternehmertum verhindert wurde und dadurch eine Produktionseinschränkung eintrat, die sich schädlich auf die ganze Wirtschaft auswirkte. Weiter wird auch darauf hingewiesen, daß die noch zu hohen Löhne dem Export hinderlich sind, weil sie das Auslandsgeschäft erschweren und eine Konkurrenz nicht zulassen. Die Waren sind durch die hohen Belastungen zu teuer und da muß der Lohn abgeschafft werden, wenn nicht die Industrien verschwinden sollen.

Der Lohn soll wieder auf den Stand vom Jahre 1900 zurückgedrängt werden.

Diese Bestrebungen fordern zum schärfsten Protest heraus, weil deren Erfüllung nicht im Interesse der Wirtschaft und des Staates liegt und das arbeitende Volk um 30 Jahre in der Entwicklung zurückgeworfen wird.

Betrachten wir doch einmal die Dinge, wie sie in Wirklichkeit liegen. Die Löhne und Arbeitsbedingungen vor dem Kriege waren in vielen Industrien, namentlich in der Textilindustrie standalös. Willkürliche Löhne und lange Arbeitszeiten waren die Regel. Die Verdienste reichten kaum zu einem kärglichen Leben, die Fortschritte der Kultur waren nur wenigen zugänglich. Die Technik war noch nicht soweit vorgeschritten, wie heute, wir hatten keinen Krieg verloren und das Ausland war noch nicht so stark industriell entwickelt. Und trotzdem gab es genügend Konkurrenz, auch von großen Weltfirmen, und es gab auch ziemlich langanhaltende Krisen. Die Löhne waren also nicht schuld an diesen Verlusten, sondern vielmehr die Unzulänglichkeit unserer wirtschaftlichen und politischen Führer, die auch damals schon den Wirtschaftsmarkt mit Zöllen und Steuern verbauten. Der Drang der Arbeiterchaft, hauptsächlich der Organisierten, nach Tarifverträgen war auch vor dem Kriege schon stark vorhanden und zeigte sich auch beim Unternehmertum mehr und mehr durch. Manche Unternehmer zogen einen geregelten, auf eine gewisse Dauer abgeschlossenen Tarifvertrag einem unruhigen und beunruhigten Zustand vor, der die Möglichkeit gab, auf längere Zeit kalkulieren zu können. Die Unterbrechung dieser Entwicklung durch den Krieg wurde ausgeglichen durch die gemeinsame Verständigung der Unternehmer und Arbeitnehmer nach Kriegesende. Unter dem Eindruck des großen Krieges, der in allen Volksschichten große Wunden gerissen hatte und dem Einzelnen wie dem Volksganzen große Opfer auferlegte, wurde eine Vereinbarung getroffen, die den Lohn tariffestlegte, der Abschmälertag schaffte, den Urlaub in den Betrieben regelte und den Arbeitsvertrag freier gestaltete. Die Arbeiterchaft verhandelte mit dem Unternehmertum auf dem Boden der Gleichberechtigung, die neue Verfassung sah in

jedem Einwohner einen gleichberechtigten und gleichverpflichteten Staatsbürger. Die Auswirkung davon war die Zentralarbeitsgemeinschaft zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden, die sich auch beruflich gliederten und deren Arbeiten hätten segensreich wirken können, wenn der Geist von 1918—19 unter den Arbeitgebern erhalten geblieben wäre. Aber mit der Zeit legte der alte Klassenunterschied wieder ein und die Arbeitsgemeinschaften verschwanden langsam. In der Zeit der größten Not, des Ruhrkampfes und der Inflation wurden die Geister wieder fester aneinander gekittet und es fand sich wieder die rechte Volksgemeinschaft. Aber nach dieser Zeit legten die Interessengegensätze wieder ein. Die Inflation hatte die meisten Vermögen verschlungen. Mit Wenigem mußte wieder von vorn angefangen werden. Die Arbeiter bekamen einen geringen Lohn, der sich erst im Laufe der Zeit und der anhaltenden Beschäftigung besserte. Der 1918 festgelegte Tarifgedanke wurde weiter ausgebaut und mit der Entwicklung der Technik und der Rationalisierung gab er die Grundlage ab für ein auskömmliches Existenzminimum. Dem Unternehmertum war aber im Laufe der Jahre die schärfere Tonart wieder hoch gekommen. Man mißgönnete den Arbeitern die bessere Lebensführung, die Gleichberechtigung im Staate. Und das Resultat davon ist der heutige Zustand in dem Verhältnis des Arbeitgebers zum Arbeitnehmer. In den Zeiten der guten Beschäftigung waren die Löhne kein Hindernis, die Ware unterzubringen und es kam auch in diesen Jahren zur Neukapitalbildung. Die Produktion wurde auch vom Inland gefördert. Die große Masse hatte Geld und konnte kaufen und sie kaufte, weil sie brauchte. Als aber die großen Kapitalfehlschleutungen einsetzten, die Finanzschwierigkeiten des Staates offensichtlich hervortraten und das gegenseitige Vertrauen in der Welt immer mehr schwand, da setzte im verstärkten Maße die Krise ein, da war die Arbeitslosigkeit in der ganzen Welt vorhanden.

Von diesem Zeitpunkt ab wird von dem Unternehmertum über die falsche Lohnpolitik, der staatlichen Zwangslöhne, der falschen Sozialpolitik usw. Propaganda gemacht. Nicht nur die Öffentlichkeit wird bearbeitet, sondern auch die Regierung und ihre Organe. Man findet, daß jetzt der geeignete Zeitpunkt gekommen ist, die 1918 bis 1919 gemachten Zugeständnisse an die Arbeiterschaft wieder zurück zu nehmen. Die Beschäftigungslosigkeit der Massen nützt man aus, um den Lohn herabzudrücken, damit Eigen- und Neukapital gebildet werden kann und die Ware Absatz findet. Und immer noch mehr wird der Lohn reduziert, auf die Kaufkraft und Existenzmöglichkeit der Arbeiter wird keine Rücksicht genommen, nur die Eier nach der Ausnutzung der Lage ist maßgebend. Die Stundenlöhne, die jetzt noch tarifmäßig gezahlt werden, sind im Laufe der Zeit um mindestens 30 Prozent gesenkt worden und bei den Akkordarbeitern wirkt sich diese über 60 Prozent aus.

Mit solchen gesenkten Löhnen müßte die Industrie schon längst wieder voll beschäftigt sein, wenn eben nur die Lohnhöhe ausschlaggebend wäre.

Und dabei ist es noch nicht genug. Immer neue Schiedsprüche werden gefällt mit einer weiteren Reduzierung der Löhne. Die Verdienste bei voller Beschäftigung von 10—25 RM. pro Woche sind noch zu hoch und mit einer solchen Kaufkraft will man die Wirtschaft ankurbeln. Dabei ist eine Preislenkung von kaum 10 bis 12 Prozent erfolgt und in manchen Produkten ist wieder eine Steigerung zu vermerken. Einer weiteren Reduzierung der Löhne muß eine gewaltige Preislenkung vorangehen, sonst wird die Lebenshaltung der Massen um 50 Jahre zurückgeworfen.

Die Organisationen der Arbeiter, vor allem auch die Gewerkschaften kämpfen mit allen Mitteln gegen die Vergewaltigung durch die Machthaber. Die Tarifverhandlungen werden mit größter Energie und Nachdruck geführt, aber die Wirtschaftsverhältnisse sind der Arbeiterschaft nicht günstig. Die Auslöschung der Tarifverträge, die hauptsächlich zur freien Vereinbarung führen soll, wird durch die Unternehmer unmöglich gemacht. Es ist für eine Arbeiterorganisation fast unmöglich, Tarifverträge auf freier Vereinbarung abzuschließen, die dauernde Lohnreduzierungen mit sich bringen. Bei besserer Konjunktur wird ein solches Gebahren des Unternehmertums schwere Wirtschaftskämpfe zeitigen, die durch die bisherige Lohnpolitik mehrfach verhindert wurden und die auch für Unternehmer und Staat gefährlich werden können. Die Berliner Börsenzeitung, die sich für einen Umbau der Lohn- und Wirtschaftspolitik nicht scharf genug einsetzen kann, regte sich darüber auf, daß Einkommen über 12 000 RM. verschwinden sollen oder weggesteuert werden. Wörtlich sagt diese Zeitung, „Wenn einem Steuerzahler, der jetzt monatlich 3000 RM. Einkünfte hat, 2000 RM. weggesteuert werden, dann wird er nämlich entsprechend weniger arbeiten, denn ein Mensch, der ohne Vorteil für sich, nur für andere arbeitet, soll erst noch gefunden werden.“ Ob der Arbeiter nicht auch so denken darf, wenn ihm sein Lohn immer mehr gekürzt wird?

Der organisierte Arbeiter lehnt aber auch jede Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern ab, die von verschiedenen Seiten so stark protegiert wird, um berufstätige Gewerke zu bilden zum Zwecke der Schaffung von Werkstatzen, zur Übernahme der Sozialversicherung und zur Vorbereitung der Volksgemeinschaft. Eine solche Volksgemeinschaft, die nur auf Kosten der Arbeiter geht, hat ihren Zweck verfehlt und muß bekämpft werden.

Wir Gewerksvereiner und alle einsichtigen Arbeiter haben gar keine Veranlas-

sung, eine solche Umbildung der Lohnpolitik zu begrüßen und zu unterstützen, wie es leider eine Anzahl irregeleiteter Arbeiter tun, sondern wir halten fest an dem Programm der deutschen Gewerksvereine und an den Errungenschaften der Nachkriegszeit. Wir kämpfen weiter für die Erhaltung der alten Gewerksvereinsforderungen, für die Tarifverträge, für das Schlichtungswesen und Verbindlichkeitserklärungen, für einen freien, zeitgemäßen Arbeitsvertrag und für eine auskömmliche Existenz.

Die Arbeitnehmer im Volksstaat.

Die deutschen Arbeitnehmerorganisationen sind in den letzten Wochen einer besonders starken Belastungsprobe ausgesetzt worden. Junker- und Industrieharone haben zum großen Schläge ausgeholt, um das deutsche Volk, in erster Linie die Arbeitnehmer, in seiner Kultur- und Kulturfortentwicklung um Jahrzehnte zurückzuwerfen. Der freie Landarbeiter soll wieder zum Landhörigen, der Industriebürger, zum Industriuntertan herabgewürdigt werden, ihnen soll die politische Freiheit, das Mitbestimmungsrecht genommen werden. Die langandauernde Arbeitslosigkeit, die damit verbundene Not und Entbehrung sind willfährige Helfer der Reaktion. Die letzte von der neuen Regierung herausgegebene Notverordnung hat mit brutaler Offenheit gezeigt, wohin die Reise geht. Starke Kräfte waren auch am Werke der Regierung nahe zu legen, die Gewerkschaften zu beseitigen. Diesem Drängen ist man jedoch nicht gefolgt, wohl nicht aus Liebe zu den Gewerkschaften, sondern weil man in denselben noch immer eine Macht verkörpert sieht, die nicht mit einem Federstich, auch nicht durch eine Notverordnung, zu beseitigen ist. Die Geschichte des deutschen Volkes weist nach, daß selbst in der Zeit der schwersten Reaktion es nicht möglich war, die Freiheit des deutschen Volkes, der breiten Arbeitnehmerschichten, zu unterdrücken. Selbst Bismarck hat mit seinen Ausnahmegeetzen diese Erfahrungen machen müssen.

Wer die Freiheit des deutschen Volkes antastet, ruft gleichzeitig die Kämpfer für die Freiheit wach.

Es geht ein reaktionärer Zug durch unsere deutschen Lande. Vergessen sind die Blutopfer, die das deutsche Volk in den schweren Kriegsjahren gebracht hat, vergessen das staatserkaltene Einsehen der deutschen Gewerkschaften zur Erhaltung des Reiches bei der staatlichen Umwälzung im Jahre 1918. Der mutige Kampf der Gewerkschaften bei der Ruhrbesetzung scheint bei den reaktionären Kreisen in völlige Vergessenheit geraten zu sein. Letzteres ist vielleicht begreiflich, man wird nicht gern an das Ruhrgegend von 7 Millionen erinnert, die die Ruhrindustriellen erhielten, während die Arbeitnehmer nur Gut und Blut in die Waagschale zu werfen hatten.

Umso mehr fühlt man sich anscheinend genötigt, die Gewerkschaften zu bekämpfen, dieselben für die schwere Krise und für alle Unbill, die das deutsche Volk betroffen hat, verantwortlich zu machen.

Die Arbeitnehmer sind durch den Krieg hellhörig geworden, sie haben nach den Vorkommnissen der Nachkriegszeit genau zu unterscheiden gelernt, wo Freund und Feind sitzt. Sie haben auch in den letzten Wochen ihr Unterscheidungsvermögen nicht verloren, sie haben klar erkannt, daß falsche Propheten am Werke waren, um Mißtrauen zwischen ihnen und ihrer jahrzehntelang bewährten Stütze, den Gewerkschaften, zu säen. Die organisierten Arbeitnehmer haben diese Gefahr sofort erkannt und sind in altbewährter Treue und Disziplin der Parole der Gewerkschaften gefolgt. Späher der Reaktion lagen genügend auf der Lauer, die den Augenblick kaum erwarten konnten, indem sich die Arbeitnehmer zu Unbesonnenheiten hinreißen lassen würden.

Allen diesen bezahlten Söldlingen des Kapitals haben die organisierten Arbeitnehmer durch ihre besonnene Haltung einen dicken Strich durch ihre Rechnung gemacht.

Wahrlich, die Gebuld der organisierten Arbeitnehmer wurde auf eine überaus harte Probe gestellt, dies gilt besonders für Berlin. Die Erregung über die jeder menschlichen Daseinsberechtigung höhnsprechende Notverordnung hatte sich noch nicht gelegt, da platzte wie eine Bombe der Ausnahmezustand hinein, die Polizeigewalt ging in die Hände des Militärs über, dem reihte sich die Absetzung der preussischen Regierung und der Berliner Polizeipräsidenten an. Die Zeitungen, die die Interessen der Arbeitnehmer wahrnahmen, wurden verboten, so wurde das alte demokratische Blatt, die „Berliner Volkszeitung“ wegen eines Artikels „Herr und Lakai“ verboten, einzelne Verhaftungen wurden auf Grund gemeiner Denunziationen vorgenommen, kurzum, es herrschte eine Erregung, von der man nicht wußte, wie sie auslaufen würde. Überall sah man Gruppen von Menschen auf den Straßen heftig debattieren, Polizeiautos durchrauten die Stadt.

Die bange Frage tauchte auf, was werden die Gewerkschaften in diesem entscheidenden Augenblick tun? Das Wort Generalstreik schwirte in vieler Munde. Von linksradikaler Seite wurden bereits Flugblätter mit der Aufforderung zum Generalstreik herausgegeben, die Situation war äußerst kritisch. In diesem entscheidenden Augenblick zeigte sich die große Besonnenheit, der Weit-

blid und das Verantwortungsbewußtsein der Führer. Es galt in erster Linie die Massen vor dem Bürgerkrieg zu bewahren, Blutvergießen zu vermeiden, dem Volke das verfassungsmäßige Wahlrecht zu sichern. Es lag in der Luft, die Pläne der Reaktion waren bekannt, die darauf hinausgingen, die Reichstagswahl am 31. Juli nicht stattfinden zu lassen, vielmehr nach den Wünschen der Reaktion eine Diktatur einzusetzen. Das mußte verhindert werden. Es war nicht leicht, die erregten Gemüter zu beruhigen, immer wieder erscholl der Ruf: das Maß ist voll!

Rein gefühlsmäßig betrachtet, könnte man sehr leicht in Versuchung kommen, den Stimmen der Erregung Gehör zu schenken, denn tatsächlich ist das Maß voll. Was man in den letzten Wochen der wertvollen Bevölkerung zu bieten gemagt hat, ist einfach nicht mehr tragbar. Und doch möchte die fühle Ueberlegung die Oberhand behalten. Die Arbeitnehmer haben in ihren Organisationen nicht umsonst jahrzehntelang den Kampf gegen die Reaktion geführt, um nun durch eine unbefohlene, aus der Erregung heraus gegebene Tat das ganze Gebäude zu zerbrechen. In der Siebehöhe der Erregung gehörte nicht viel dazu, die Massen aufzurufen, sich ihrer äußersten Kampfmittel zu bedienen.

Die Arbeitnehmer haben in den Jahrzehnten seit dem Bestehen der Organisationen oft genug von dem Kampfmittel des Streiks Gebrauch gemacht, sie haben aber auch auf diesem Gebiet Erfahrungen gesammelt. Sie haben bei solchen wirtschaftlichen Auseinandersetzungen den Barometer über den Gang der Wirtschaft meist genau geprüft, haben so manchen Erfolg erzielt, aber auch so manche Niederlage erlitten, das wird bei solchen Kämpfen immer vorkommen. Solche Niederlagen haben die Massen keineswegs entmutigt, im Gegenteil, aus den Erfahrungen heraus wurden neue Kräfte gesammelt, um später erfolgreicher kämpfen zu können.

Anders liegen die Verhältnisse bei einem Generalstreik. Während bei einem wirtschaftlichen Streit meist die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Vordergrund stehen, ist beim Generalstreik der politische Moment ausschlaggebend. Deutschland hat nur einmal beim Rapp-Butsch von diesem Mittel Gebrauch gemacht und zwar mit Erfolg. Damals lagen andere Verhältnisse vor. Zwar litt das Volk schwer unter der Inflation, jetzt aber müssen wir mit einem Heer von 6 Millionen hungeriger Arbeitsloser rechnen, so daß durch diese Tatsache allein ein Generalstreik leicht in eine Revolution umschlagen könnte. Diese große Gefahr lag vor und konnten und wollten die Führer diese Verantwortung nicht übernehmen. Hinzu kam, daß die Führer genau darüber informiert waren, daß gewisse Kreise auf die Unbesonnenheit der Massen spekulierten. Neben gewissen reaktionären Arbeitgeberverbänden warteten die Kommunisten und die Nationalsozialisten auf diese Ereignisse. Die einen hoffen dabei zur bolschewistischen Revolution zu kommen, die anderen möchten mit dem Blut der Arbeitnehmer die schwarzeste Reaktion taufen und in den Sattel setzen. Es war demnach nicht Furcht oder Feigheit, die die Führer veranlaßten, zur Besonnenheit zu mahnen, sondern die Verantwortung, durch ein Blutbad die Kultur- und Gewerkschaftsbewegung um jahrelang zurückgeworfen zu sehen.

Die Gewerkschaften haben sich von ihren Segnern noch niemals den Zeitpunkt des Angriffs vorschreiben lassen, sondern sie haben selbst ihre Pläne sorgfältig erwogen, sie werden dies auch in Zukunft tun. Wenn jetzt gewisse Kreise dazu übergehen, Mißtrauen zwischen den Führern und den Mitgliedern der Gewerkschaften zu säen, so beweist das erst recht, wie notwendig die Mahnung zur Besonnenheit war. Die kampferprobten Truppen der Gewerkschaften werden auch hier sehr leicht Freund und Feind unterscheiden und werden den falschen Propheten die gebührende Antwort erteilen.

In treuer Verbundenheit wollen wir auch weiter den Kampf gegen die Reaktion führen. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird uns die nächste Zeit erneute Kämpfe bringen, indem wir unsere ganze Kraft, unsern Mut und Entschlossenheit einsetzen werden müssen.

Es handelt sich um die Erhaltung des Volksstaates um die Verteidigung und Weiterentwicklung der Grundrechte der Arbeitnehmer auf der Grundlage des deutschen Volksstaates.

Es sind Kräfte am Werke, die aus dem Volksstaat einen Diktatorstaat schaffen wollen. Die Gefahr ist größer als manche ahnen, die Freiheit des deutschen Volkes, insbesondere der Arbeitnehmerschichten ist sehr stark bedroht.

In dieser unheilswangeren Zeit ist es doppelt notwendig, keine Kräfte zu verzetteln, sondern in geschlossener Einheit, mit Mut und fester Entschlossenheit der ausbrechenden Gefahr entgegenzutreten, ein einheitlicher Abwehrwille muß die Massen beleben. Einheitlicher Wille bedeutet eine Macht, an der auch die größten reaktionären Mächte zerschellen.

Die „gottgewollte“ Regelung.

Die neue Regierung Papen-Schleicher hat es für notwendig befunden, auf die Wiederherstellung der „gottgewollten“ Regelung in den Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern in ihrem Programm hinzuweisen. Der Kollege Lemmer vom Gewerkschaftsring weist in einem Artikel im Organ „Der Versicherungsangestellte“ mit Recht auf diese Tatsache hin, indem er schreibt:

Der religiös empfindende Mensch mußte es zudem als eine schwere Gotteslästerung empfinden, als er in der programmatischen Erklärung der neuen Reichsregierung lesen mußte, daß auch die „gottgewollte“ Regelung in den Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wieder hergestellt werden müsse. Daran sind wir gewöhnt, daß mit dem für alle ersten Menschen heiligen Begriff der Nation in Deutschland und nur in Deutschland, parteipolitisch Schindluder getrieben wird. Eine Neuerung wenigstens für die Gegenwart ist es, die soziale Abhängigkeit der Schwachen vom wirtschaftlich Starke als eine „gottgewollte“ Regelung zu bezeichnen! Jeder Arbeitnehmer wird sich unflüchtig vor Augen führen können, was diese gottgewollte Regelung in den Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern für ihn bedeutet: er soll bei 6 Millionen verzweifelten Arbeitslosen im Rücken, die um jeden Preis in die Betriebe hineinzugehen bereit sind, hinsichtlich seiner Gehalts- und Arbeitsbedingungen der Willkür des Unternehmers einzeln und ohne kollektiven Schutz ausgeliefert sein.

Die Gewerkschaften stehen allerdings einem solchen Versuch noch ernstlich im Wege. Sie sichern die Solidarität der Standesgenossen. Sie stehen, wenn auch durch die schwere Krise sicherlich geschwächt, so doch für den entscheidenden Kampf noch ungebrochen da. Darum muß der Erfolg der Sozialreaktion zunächst eine weitere Schwächung und möglichst gar die Vernichtung der Schutz- und Trutzorganisationen der Arbeit erreichen. Wir wollen uns also nach jeder Richtung hin nicht im unklaren sein, daß es jetzt in der letzten Phase der deutschen Volkstris um die Fundamente moderner Sozialpolitik und um die Grundlagen gewerkschaftlicher Standesarbeit geht. Der nächste Winter wird hier schicksalschwere Entscheidungen bringen. Weil wir das so sehen, so haben wir in unserer Gewerkschaftsrichtung nie gezögert, zu bekunden, daß die Widerstandsfront der Angestellten- und Arbeiterverbände aller Richtungen, natürlich bei Wahrung der Selbständigkeit im einzelnen, lückenlos geschlossen werden muß. Bleiben wir uns selbst treu und bleiben wir im Geiste und in der Idee gegenüber einer hilflos verfallenden Wirtschaft, „Führung“ in der Offensive, dann wird jener stöckfinstere Anschlag auf die Freiheit und auf das Lebenswert der deutschen Arbeitnehmer abgewehrt werden können! Solange die Kraft der deutschen Gewerkschaftsbewegung nicht zerrissen und zersplittert wird und solange wir in unserer Ideologie treu und stark bleiben, solange wird es in dem industrialisierten Deutschland keine Macht geben, die, wenn sie sich auf noch so viele Maschinenengewehre und Feldgeschütze stützen könnte, auf die Dauer gegen unseren sozialen und kulturellen Lebenswillen zu regieren in der Lage wäre.

Wir ergänzen die treffenden Ausführungen des Kollegen Lemmer, indem wir auf die gerade zur rechten Zeit vom GWA. überaus wirkungsvoll herausgegebene Flugchrift hinweisen. Dort heißt es an einer Stelle:

Die Regierung beschneidet die Renten der Angestelltenversicherung und hat das böse Wort vom Staat als Wohlfahrtsanstalt für Arbeitnehmer ausgesprochen. Sie predigt die Wiederaufrichtung der Verantwortlichkeiten aus gottgewollter Ordnung. Gemeint ist die Wiederherstellung der alten Herrenrechte. Großlandwirtschaft und Monopolkapitalismus sehen als Träger der Regierungsmacht ihre Zeit gekommen. Sie wollen die Zeit nützen, um das Gebäude der staatlichen Sozialpolitik niederzuliegen, Lohn und Gehalt von jeglicher „staatlichen Beeinflussung“ radikal zu befreien und der Masse des Volkes die Lebenshaltung unter rücksichtsloser Ausnutzung der Millionenarbeitslosigkeit zu diktieren. Aus der Not der Ärmsten wollen sie für sich eine Bekleidung bauen.

Einen Teil der Arbeitnehmer preßt man mit Zuderbrot und Demagogie in Werkvereine und Werkgemeinschaften und hebt sie zum politischen Kampf gegen das „berruchte Gewerkschaftssystem“. Sie sollen gegen die Stürmen, mit denen sie in einer Front gegen die Reaktion stehen müssen.

Dieser Kampf gegen den Gewerkschaftsgebanken ist so alt, wie die Gewerkschaften selbst.

Am 24. Februar 1870 schrieb Alfred Krupp:

„Hoffentlich ist im stillen stets bei uns eine Beobachtung des Geistes der Arbeiter geübt, so daß es nie entgehen kann, ob irgendwo eine Gärung beginnt, und ich bitte, ohne Rücksicht auf Entbehrlichkeit, den geschicktesten besten Arbeiter oder Meister so rasch wie immer tunlichst zu entfernen, der nur Miene macht, opponieren zu wollen oder einem derartigen Verbanne angehört.“

Damals ging es gegen die Arbeiter.

Am 26. November 1917

geht es gegen die Angestellten. In einem Rundschreiben des Verbandes Berliner Metall-Industrieller (als Antwort auf eine Aufforderung der Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände zu Verhandlungen über die Gehaltsfrage), heißt es:

„Da voraussichtlich auch Sie in den Besitz dieser Schrift gelangen werden, nehmen wir Veranlassung, Sie hiermit erneut auf die in unserem Rundschreiben Nr. 23 (1919) gemachten Ausführungen hinzuweisen, nach denen, gemäß Beschluß der Vertrauenskommission, der einzelne Arbeitgeber auf keinen Fall mit der Organisation der Angestellten verhandeln darf.“

Nur im Jahre 1918

waren die Arbeitgeber unter Führung derselben Berliner Metallindustriellen, aber auf einmal „aus innerer Ueberzeugung“, bereit, die Gewerkschaften vorbehaltlos anzuerkennen und in eine angeblich ehrlich gewollte Ar-

beitsgemeinschaft einzutreten. Sie zerbrach, als die Arbeitgeber nicht mehr das Gefühl hatten, durch die Verhältnisse bedroht zu sein.

Im Februar 1931

sprach Hugenberg in Sieben wieder den Satz: „Daß Deutschland nicht mit den heutigen Gewerkschaften, sondern nur gegen sie zu retten ist, hat die Reichstagsabstimmung vom 16. Oktober gezeigt.“

Von 1870 bis 1932: Es ist eine Linie!

Die Behauptung von der Schuld der Gewerkschaften an der jetzigen Lage ist eine unvershämte Lüge. Wir sind durch Krieg und Kriegstreiber, durch Kriegsfolgen, Inflation, Rationalisierungswahnsinn, Millionen von Kapitalfehlleitungen und dann vor allem durch das riesenhafte allgemeine Versagen der „Führer“ der Wirtschaft, durch die vielen großen und kleinen Lahusen, die zerrüttete Geschäftsmoral, das kommerzielle Abenteuererium, den Spekulationstaukel in diese Lage gekommen, und nicht durch Lohn- und Gehalts erhöhungen, die dem Kaufmann Umsatz brachten, oder die vielgeschmähte Sozialpolitik, die unsere Volksgesundheit trotz härtester Entbehrungen hob und den Leistungswillen in der Arbeitnehmerschaft ungeheuer steigerte.

Es ist Verhezung schlimmster Sorte, wenn gesagt wird, daß die Sozialversicherung den arbeitenden Menschen zur Verantwortungslosigkeit erzoge. Viele Milliarden von den breiten Massen gesparten und nicht ins Ausland geflohenen, sondern der Wirtschaft zur Verfügung gestellten Kapitals zeugen von dem Aufstiegswillen der Arbeitnehmer.

Nein, nicht die Wirtschaft ist vor den Gewerkschaften zu retten, sondern den Arbeitnehmern fällt die riesengroße Aufgabe zu, die Wirtschaft vor der primitiven und brutalen Machtpolitik des Ueberkapitalismus und der Großlandwirtschaft zu schützen.

Was jetzt vor sich geht, ist zum Ziel erhobene Massenverarmung, völlige Zusammenbruch des Mittelstandes durch schrankenlose Begünstigung des Monopolkapitals und des Grundbesitzes. Kleinhandel, Großhandel, Bauernschaft, verarbeitende Industrie, alle müßten sich mit uns gegen diese nackte Interessenpolitik der Großinteressenten verbünden. Mit uns müßten sie die Preispolitik der Kartelle und Monopole bekämpfen und die stärkste Kontrolle aller Handlungen dieser wirtschaftlichen Großherzogen fordern.

Das Ziel der Schwer- und Großindustrie und des Großgrundbesitzes erschöpft sich aber nicht im sozialpolitischen Rückschritt und der Herabsetzung des Lebenshaltungsstandes der Masse. Der Kampf gibt dem ganzen sozialen Volksstaat. Man will Untertanen, aber keine Wirtschaftsbürger.

Wir aber haben es gründlich satt, Untertanen zu sein. Wir wollen den wirklichen Volksstaat. Wir wollen politische und kulturelle Freiheit, wollen die soziale Staatsidee. Wir wollen freie Arbeitnehmer in einem freiheitlichen Deutschland sein.

In diesem Sinne, Herr von Papen, stellen wir uns die gottgewollte Regelung vor, und wir werden nicht ruhen noch rasten, bis dieselbe erfüllt ist.

Arbeitschulung.

Die Spitzenorganisationen überreichten dem Preussischen Minister für Volkswohlfahrt bei einer Unterredung folgenden Plan.

Für zwei Gruppen von Jugendlichen müssen besondere Maßnahmen durchgeführt werden:

1. für die Schulentlassenen, die keine Lehr- oder Arbeitsstelle finden können und
2. für die beschäftigungslosen Lehrlinge und die arbeitslosen an- und ungelernen Jugendlichen.

Für die erste Gruppe ist ein weiteres freiwilliges Schuljahr anzustreben, das als soziale Fürsorgemaßnahme aufzufassen und darum jetzt nicht mit schulorganisatorischen Fragen zu verbinden ist. Den Eltern der Schulentlassenen ist Gelegenheit zur Wahl zwischen mehreren Weiterbildungsmöglichkeiten zu geben, wobei gleichermaßen Einrichtungen der Volks- und Berufsschule vorzusehen sind. Als Formen der Weiterbildung können in Betracht kommen:

- a) Weiterer Besuch der Volksschule für diejenigen, die das Ziel nicht erreicht oder die erste Klasse nicht mit Erfolg besucht haben;
- b) Besuch kaufmännischer, gewerblicher und hauswirtschaftlicher Fachschulen;
- c) Jahresvollkurse an den Berufsschulen mit 30 Wochenstunden, von denen die Hälfte auf praktischen Werkstattunterricht entfällt;
- d) Schaffung berufsbetonter Uebergangsklassen (mit etwa 24 Wochenstunden) in der Volksschule;
- e) 20 Pflichtwochenstunden in der Fachklasse der Berufsschule für diejenigen, die keinen der vorgenannten Wege gehen wollen.

Lehrmittel und Schulbesuch müssen nach Möglichkeit unentgeltlich sein bezw. muß den Einkommensverhältnissen der Eltern Rechnung getragen werden. Es ist zu verlangen, daß ein angemessener Teil der zusätzlichen Schulzeit auf die spätere Lehrzeit anzurechnen ist.

Bei der zweiten Gruppe können sich die Schulungsmaßnahmen in zwei Formen vollziehen. Für die beschäftigungslosen Lehrlinge empfiehlt sich die Errichtung von Sammellehrwerkstätten, um die arbeitslos gewordenen

Lehrlinge zusammenzuführen und ihnen die Möglichkeit zur Vollendung ihrer Berufsausbildung zu sichern. In erster Linie sind hierfür die Werkstätten der Berufsschulen zur Verfügung zu stellen. Soweit erforderlich, sind auch leerstehende Fabriken, Betriebe, Werkstätten, Hauptläge usw. zu benutzen.

Für die arbeitslosen an- und ungelernen Jugendlichen ist ein zusätzlicher Berufsschulunterricht über die durch die Ortsräte festgelegte Wochenstundenzahl hinaus einzuführen. In gewissen Fällen wird diese Regelung auch für die arbeitslosen Lehrlinge Verwendung finden können.

Außer der beruflichen Weiterbildung ist auch für die Allgemeinbildung und die sportliche Betätigung der Jugendlichen zu sorgen.

Die von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und ihren Organen durchgeführten Fortbildungsmaßnahmen müssen verstärkt weitergeführt werden.

Durch die Absehung der alten preussischen Regierung wird wohl dieser wertvolle Plan erneut eingereicht werden müssen.

Erinnerungen.

In diesen Tagen führt zum achtzehnten Male der Tag, in dessen Nachmittagsstunden Trompetenklänge in den Straßen Berlins erklingen. Offiziere in voller Kriegsausrüstung verkünden auf den Plätzen und Straßenkreuzungen, der Kaiser habe den „Zustand der drohenden Kriegsgefahr“ angeordnet. Es blieb nicht bei der drohenden Gefahr. Bereits am nächsten Tage wurde die allgemeine Mobilmachung angeordnet. Familien-Väter mußten ihre Angehörigen, Söhne ihr Elternhaus verlassen, um dem Tode oder der Verwundung entgegen zu eilen. Der größte und entsetzlichste Krieg begann.

51 Monate voll des Grauens rollten sich ab. Nie wird es möglich sein, in menschlichen Worten das Maß an Blut, Leid und Tränen, an Jammer und Elend auszudrücken, das dieser Krieg mit sich brachte. Das furchtbarste Totenfeld, das die Erde je gesehen hatte, lag vor uns. Allein in Deutschland über 1,8 Millionen Gefallene, dazu beinahe 9 Millionen Verwundete. Bei den gesamten am Kriege beteiligten Ländern waren es 10,5 Millionen Tote und rund 26 Millionen Verwundete. Ungerechnet die Opfer durch Epidemien, die stets den Kriegen nachfolgen. Ungerechnet die Tausende und aber Tausende von unterernährten Kindern, die nie zu einer vollen Entwicklung kamen, hinfiechten und frühzeitig starben. Ungerechnet auch die Kriegstrümpel, die Blinden und alle jene furchtbar Verkrüppelten, die ein Leben führen, das kein Leben ist. Ebenso ungerechnet die unzähligen Insassen der Irrenhäuser, deren Geist sich vor diesem namenlosen Elend verdunkelt hatte. Rechnet man noch alle jene, die später infolge der durch den Krieg bedingten Wirtschaftskrisen Vermögen und Existenz verloren haben, rechnet man die Trauer und das Leid der Mütter um ihre Söhne, der Frauen um ihre Männer, denkt man an die vielen Kinder, denen der Vater und Erzieher von früh auf fehlte, deren Leben deshalb auf falschen Bahnen abrollte, so hat man einen unvorstellbar hohen Turm von Jammer, Elend und Not vor sich, das es verwunderlich ist, daß dieser Turm nicht die ganze Menschheit mit seinem Gewicht erdrückt hat.

Es erscheint dringend notwendig, das deutsche Volk an dies namenlose Elend zu erinnern, es ist kaum unausdenkbar, daß wir solcher Gefahr näher stehen, als wir glauben. Eine neue Generation ist herangewachsen. Während wir in Frankreich und Rußland in den Schützengraben lagen, wurden sie geboren oder spielten auf der Straße. Sie wissen nur vom Kriege, was man ihnen erzählt. Selbst eine Erinnerung an diese Zeit damals haben sie nicht. Man hat versucht, einen Teil dieser Jugend aufzuheben, man hat ihr verheimlicht, was ein Krieg in Wahrheit ist. Man hat ihr vorgestellt, daß es herrlich und mannbar wäre, in den Krieg zu gehen. So hat man sie zu einem freventlichen Soldatenspiel verleitet. Mit bunten Uniformen hat man sie gelockt. Und je taun es sein, daß eines Tages der Wunsch, aus diesem Spiel Ernst zu machen, überhand gewinnen wird. Das Gedächtnis der Menschheit ist kurz, darum ist es notwendig, überall Aufklärung zu schaffen, immer wieder die Greuel des Krieges vor Augen zu führen und mit aller Kraft den Kampf für Völkerverwöhnung zu führen.

Das Gedächtnis der Menschen ist kurz, deshalb sei an die Worte des obersten Kriegsherrn, des nach Holland geflohenen Kaisers erinnert, der, um den Kampfesmut der Truppen zu steigern, die Worte rief: „Der Dank des Vaterlandes ist euch gewiß! Den Dank des Vaterlandes haben wahrlich alle die Kriegesopfer, die Widwen und Waisen empfangen, die am 1. Juli ihre auf Grund der Rotverordnung der neuen Regierung so gewaltig geäußerten Klagen in Empfang nahmen. Bezeichnend ist, daß diese Klagenabträge bei den Kerneilen der Armen vorgeschoben wurden. Während auf der andern Seite Millionen von Klagen hinausgeschoben werden. Klingt es nicht ein wenig merkwürdig, daß nach einem Vertrage zwischen dem Kaiser Wilhelm von Deut und dem bulgarischen Kaiser, diesem auch jetzt noch, wo Millionen deutscher Menschen durch Hunger leiden, eine jährliche Rente von 70 Millionen Mark gewährt wird.“

Nie wieder Krieg!

Zum Jahrestag des Weltkrieges.

Der Bauer Schulz vom Schulzenhof
zog nach dem Land der Franken,
Wo Menschen, wild vom Haß gepetst,
im eignen Blut ertranken.
Dort lag des Bauers lieber Sohn, sein einziger begraben
Und sollte doch den Schulzenhof als gutes Erbe haben.

Der alte Bauer fand die Grust, gegraben seinem Kinde.
Kein Blümchen sproß, nur schlichtes Korn,
gefät vielleicht vom Winde.
Als er genug getrauert hat, nahm er die reifen Mehren
Mit nach dem Schulzenhof,
der doch des Erben muß entbehren.

Als Saatgut fiel im nächsten Lenz
die Kornfrucht in die Scholle,
Damit sie sich jahraus, jahrein als Saatgut mehren solle.
Die Saat gedieh. Mit jedem Jahr vermehrte sich die Habe,
Bis jeder Halm des Schulzenhofs
verwandt war mit dem Grabe.

Der Bauer hegt, der Bauer pflegt des Sohnes gutes Erbe,
Damit es für das Wohl des Volkes
und für den Frieden werbe,
Damit ein jeder, der da schafft, das Brot des Friedens esse
Und im Verkehr von Volk zu Volk
sein Menschtum nicht vergesse.

Oft sieht man ihn in freier Zeit auf einem Hügel sitzen.
Er sieht, wenn's um ihn wogt und rauscht,
Kanonenklünnde bliken.
Er sieht, wie sein geliebter Sohn zerfetzt wird und zerrissen.
Warum? Weshalb? Das weiß er nicht
und wird es nimmer wissen.

Oft sieht man ihn in freier Zeit auf einem Hügel sitzen;
Nicht mit Kanonen, mit dem Pflug
läßt sich die Welt gewinnen.
O möge jedes Volk wie ich das Korn des Friedens säen,
Dann wird der Atem der Kultur,
den Geist befruchtend, wehen.

Die Waffe wird dann nimmermehr
sich gegen Menschen richten.
Sie wird nicht mehr den Menschenfleisch
zerstören und vernichten.
Die Grenze wird kein Hindernis.
Der Haß wird nicht mehr wüten.
Dann bricht ein Völkerfrühling an mit ewig jungen Blüten.

Das Kornfeld rauscht. Der Bauer lauscht.
Der Wind bestreicht die Mehren.
Sie nickt seinen Worten zu, als ob belebt sie wären.
Nie wieder Krieg! So ruft sein Sohn,
der in den Halmen geistert.
Nie wieder Krieg! Das ist ein Ruf,
der einst die Kriege meistert.

Victor Kalinowski, Bochum.

Vor 130 Jahren, im Reichsdeputationsauschuß, verloren eine Anzahl von Fürsten ihr festes Besitztum. Dafür beziehen sie von dem heute vegetierenden deutschen Volke noch folgende laufende ungeheuerlichen Beträge als jährliche Rente:

	Mark
1. Alexander Friedrich, Landgraf von Hessen	612 000,—
2. Friedrich Karl, Prinz von Hessen	96 000,—
3. Chlodwig, Landgraf von Hessen-Philippsthal-Berschfeld, als Nachfolger des 1925 verstorbenen Erzt Eugen, Landgraf von Hessen-Philippsthal	150 000,—
4. Chlodwig, Landgraf von Hessen-Philippsthal	150 000,—
5. Albert, Herzog von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg	181 013,28
6. Friedrich Ferdinand, Herzog von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg	195 450,—
7. Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen	75 000,—
8. Herzog von Arenberg	51 291,68
9. Fürst zu Salm-Salm	58 170,—
10. Fürst zu Salm-Horstmar	60 000,—
11. Herzog von Croÿ	18 000,—
12. Fürst zu Sann-Wittgenstein-Berleburg	46 216,30
13. Fürst zu Sann-Wittgenstein-Hohenstein	22 500,—
14. Fürst zu Wied	46 511,64
15. Fürst zu Solms-Hohensolms-Lich	7 667,80
16. Graf zu Alt-Leiningen-Westerburg	20 306,02
17. Die Nachkommen der Gräfin Reichenbach	38 812,29
18. Fürst zu Bentheim-Steinfurt	1 500,—
19. Fürst zu Rheina-Wolbeck	3 700,—
Zusammen	1 834 139,01

Keiner dieser „Gentlemen“ hat bisher freiwillig angesichts der furchtbaren Not des Volkes auch nur auf einen Cent verzichtet. Die Beseitigung dieses schreienden Unrechts wurde 1923 durch die sogenannten „nationalen“ Parteien, die den eingebrachten Volksentscheid zu Fall brachten, verhindert.

Nie wieder Krieg, Völkerverwöhnung!
muß nach wie vor als Parole der deutschen Frauen und Männer gelten.

Kurzarbeiter-Unterstützungsfläche.

Auch die Unterstützungsfläche für die Kurzarbeiter sind natürlich infolge der Rotverordnung einer Kürzung unterzogen worden. Am 4. Juli sind folgende Sätze in Kraft getreten:

Beim Ausfall von drei Arbeitstagen beträgt die wöchentliche Unterstützung in der Lohnklasse I für Kurzarbeiter ohne zuschlagsberechtigten Angehörigen 0,90 Mark, mit einem zuschlagsberechtigten Angehörigen 1,10 Mark, mit zwei: 1,30 Mark, mit drei: 1,50 Mark und mit vier oder mehr zuschlagsberechtigten Angehörigen 1,70 Mark. In der Lohnklasse II betragen die entsprechenden Unterstützungsätze: 1,00, 1,20, 1,50, 1,60, 1,80 Mark. In der Lohnklasse III: 1,20, 1,60, 1,90, 2,20, 2,50 Mark. In den Lohnklassen IV, V und VI: 1,50, 2,30, 3,00, 3,70, 4,50 Mark. In den Lohnklassen VII und VIII: 2,00, 2,80, 3,50, 4,30, 5,00 Mark. In den Lohnklassen IX, X und XI: 2,50, 3,30, 4,10, 5,00, 6,00 Mark.

Beim Ausfall von vier Arbeitstagen beträgt die wöchentliche Unterstützung in der Lohnklasse I in der gleichen Reihenfolge der Abfassung: 2,00, 2,30, 2,60, 3,00, 3,40 Mark; in II: 2,40, 2,80, 3,20, 3,60, 4,00 Mark; in III: 2,70, 3,40, 4,00, 4,80, 5,40 Mark; in IV, V und VI: 3,50, 4,60, 6,00, 7,40, 9,00 Mark; in VII und VIII: 4,00, 5,60, 7,00, 8,60, 12,00 Mark; in IX, X und XI: 5,00, 6,60, 8,20, 10,00, 15,00 Mark.

Beim Ausfall von fünf Arbeitstagen in Lohnklasse I: 3,00, 3,40, 4,00, 4,50, 5,10 Mark; in II: 3,60, 4,20, 4,80, 5,40, 6,00 Mark; in III: 4,10, 5,00, 6,00, 7,00, 8,00 Mark; in IV, V und VI: 5,00, 7,00, 9,00, 11,00, 13,50 Mark; in VII und VIII: 6,00, 8,50, 11,50, 13,00, 17,00 Mark; in IX, X und XI: 7,50, 10,00, 12,50, 15,00 und 21,00 Mark.

Die neuen Sätze bringen auf Grund der Rotverordnung zum Teil eine recht erhebliche Kürzung, im Durchschnitt eine solche von 20 Prozent, in besonderen Fällen bis zu 40 Prozent. „Nur“ die Höhe der Unterstützungsätze wurde geändert; im übrigen ist das materielle Recht der Kurzarbeiterunterstützung unberührt geblieben. Insbesondere ist beim Kurzarbeiter eine Prüfung der Hilfsbedürftigkeit nicht erforderlich.

Sterbetafel

Buch-Nr.	Name der Verstorbenen	Name des Vereins
28753	Ruhn, Adam	Röln
5122	Pinger, Gustav	Zehl
29104	Reuner, Johann	Ansbad
507 b	Wagner, Marie	Spanbau
4015	Welln, Hermann	Döbeln
4905	Küchele, Friedrich	Ulm a. D.
3705 b	Leichte, Christina	Ulm a. D.
16606	Bortius, Otto	Stettin
587 b	Nab, Johanna	Stolp t. Po.
3366	Veith, Otto	L.-Lindenau

Ehre ihrem Andenken!

Der Hauptvorstand.



Einheitliche Vereinsabzeichen!

Alle unsere Mitglieder werden auf die einheitlichen Vereinsabzeichen hiermit aufmerksam gemacht. Die Vereinsnadel kostet das Stück 50 Pfg. In derselben Aufmachung sind wieder, wie vor dem Kriege, Manschettenknöpfe angefertigt zum Preise von 1,20 Mk. das Paar. Auch diese sind wie die Vereinsnadel vom Hauptbüro durch die Ortsvereine zu beziehen.

Desgleichen sind Jubiläumsabzeichen für 25-jährige Mitgliedschaft in derselben Form mit Silberkranz und der Zahl 25 in der Spitze für 2,50 Mk. das Stück vom Hauptbüro zu beziehen.

Wöchentliche Beitragszahlung ist dringende Pflicht eines jeden Mitgliedes.

Für die Woche vom 30. Juli—6. August ist die 31. Woche fällig
Für die Woche vom 6.—12. August ist die 32. Woche fällig

Werbe für den Gewerbeterein.